

# GLASNOST UND PERESTROJKA

auch in der  
Bundesrepublik Deutschland  
ein Brief  
an die  
Mitglieder des Bundestages  
von

TRISTAN ABROMEIT

Januar 1988

ein Hintergrundpapier zur Petition vom Juni 1987

hier:

## Die Korrespondenz

aus 1988

übertragen im April 2004

Um die Datenmenge zu reduzieren wurden die Briefe nicht als Faksimile mit Grafikdateien wieder gegeben, sondern als Textdateien. Die Briefköpfe wurden dabei auf das Wesentliche reduziert. Fußzeilen mit Anschriften etc. wurden weg gelassen. Die Originale und meine Durchschriften liegen mir selbstverständlich vor.

Ich will den Vorgang hier nicht kommentieren. Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich in der Rolle als Abgeordneter oder Amtsinhaber besser auf einen derartigen Schriftsatz – wie ich ihn in 1988 produziert habe – reagiert hätte als meine damaligen Adressaten. Ich denke aber, daß der Haupttext und die Korrespondenz einer fachlichen Fremdanalyse wert wären.

Deutlich macht der Vorgang nur, daß in unserer politischen Maschinerie eine Schaltstelle fehlt, über die Korrekturinformationen eingespeist werden können. Die Verweise, diese Informationen auf dem Weg über die Parteien, die Presse oder die Wissenschaft in die Politik einzuspeisen, erweisen sich zu oft als Sackgassen.

Ich habe zuletzt auch einen internen Brief beigefügt, der im Zusammenhang mit dieser Info-Aktion entstanden ist. Dieser Brief verdeutlicht die freiwirtschaftlichen organisatorischen und finanziellen Schwächen, die - neben dem inhaltlichen Ringen – bei einem solchen Vorhaben zu bewältigen waren.

T.A.

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

1. März 1988

EINSCHREIBEN

An den  
Deutschen Bundestag  
- Petitionsausschuß -  
Bundeshaus  
5300 BONN

Petition gemäß Artikel 17 GG

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage erhalten Sie die Petition „Prüfung einer alternativen Ökonomie“ vom Juni 1987 in 15-facher Ausfertigung mit zusammen 86 Unterschriften.

Dazu sende ich Ihnen mein Anschreiben (Hintergrundschreiben) vom Januar 1988 nebst Anlagen (zusammengefaßt im Schnellhefter unter dem Titelblatt „Glasnost und Perestrojka ...“). Da dieses Schreiben nicht nur für die Mitglieder des Petitionsausschusses sondern für alle Bundestagsmitglieder, verfaßt wurde, ich aber von meiner geringen Arbeitslosenhilfe nicht den Druck in entsprechender Anzahl finanzieren kann, werde ich den Präsidenten des Bundestages, Herrn Dr. Philipp Jenninger mit gesondertem Schreiben bitten, durch die Bundestagsverwaltung eine entsprechende Vervielfältigung und Verteilung vorzunehmen zu lassen.

Ich bitte Sie, die eingereichte Petition mit der erforderlichen Sorgfalt und gutem Willen auch in ihrem eigenen Interesse zu bearbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlagen

oooooooooooooooooooo

DEUTSCHER BUNDESTAG  
Petitionsausschuß  
PetA-11-99-703-13074

5300 Bonn 1,  
Bundeshaus  
15. April 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Betr.: Wirtschaftspolitik  
Bezug: Ihr Schreiben vom 1. März 1988  
Anlg.: - 1 Heft -

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Ich danke Ihnen für Ihr o.a. Schreiben, mit dem Sie eine Petition mit zahlreichen Unterschriften eingereicht haben.

Ihr gleichlautendes Anschreiben an den Präsidenten des Deutschen Bundestages wurde ebenfalls dem Petitionsausschuß mit der Bitte um Bearbeitung zugeleitet.

Ihrem darin geäußerten Anliegen, eine Vervielfältigung Ihres Manuskripts allen Mitgliedern des Deutschen Bundestag zukommen zu lassen, kann leider nicht entsprochen werden. Auch gehört es nicht zu den dem Petitionsausschuß von der Verfassung zugewiesenen Tätigkeitsbereichen, ein volkswirtschaftliches Alternativkonzept auf seine Tauglichkeit zur Lösung von Wirtschaftsproblemen zu untersuchen.

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, Handlungen oder Unterlassungen von Bundesbehörden oder anderen Verwaltungsstellen zu prüfen, die der Weisung oder Aufsicht einer obersten Bundesbehörde unterliegen. Der Petitionsausschuß ist auch zuständig für die Behandlung von Bitten zur Bundesgesetzgebung.

Trotzdem möchte ich kurz auf die von Ihnen befürwortete Theorie der Freiwirtschaftsschule eingehen, auch wenn Art und Umfang der Bearbeitung Ihrer Eingabe nicht den von Ihnen zum Ausdruck gebrachten Erwartungen entsprechen wird.

Zunächst darf ich die relativ lange Bearbeitungsdauer der Petition entschuldigen. Diese liegt nicht nur an der starken Arbeitsbelastung des Ausschußdienstes, sondern auch an dem Umfang Ihres Anschreibens, dessen Studium viel - aber auch interessante - Zeit in Anspruch nahm. Hinzu kam, daß weder in Ihrem Anschreiben noch in der eigentlichen Petition die angesprochenen Lehren von Silvio Gesell eingehend dargestellt und erklärt wurden und somit eine eigene Information notwendig wurde.

Bei Durchsicht der beigezogenen Quellen ist mir aufgefallen, daß die von Silvio Gesell in seinem 1916 erschienenen Werk „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“ aufgestellte Theorie, die auf einer vollkommen staatsfreien Wirtschaftsordnung aufbaut, auch unter seinen heutigen Anhängern, die hauptsächlich in der Freisozialen Union zu finden sind, nicht mehr unumstritten ist. Selbst Vertreter einer freien Marktwirtschaft halten eine vollkommen staatsfreie Marktwirtschaft heute für nicht mehr wünschenswert. Das „freie Spiel der Kräfte“ hätte nicht nur für die Arbeitnehmer erhebliche Nachteile; auch viele kleine und mittlere Betriebe wären einer ständig wachsenden Monopolisierung der Wirtschaft ohne staatliche Eingriffe und Regelungen hilflos ausgeliefert.

Betrachtet man die zwei großen Wirtschaftsmodelle, nämlich die freie (soziale) Marktwirtschaft und die gelenkte Planwirtschaft, so ist festzustellen, daß beide Systeme nicht in ihrer Reinkultur existieren (können).

Dies zeigt nicht nur die wirtschaftliche Öffnung der sozialistischen Länder des Ostblocks im Zeichen von Glasnost und Perestrojka.

Besonders in so wichtigen Bereichen wie etwa der Gentechnologie können und dürfen die zu treffenden Entscheidungen nicht von den Unternehmen ohne staatliche Vorgaben getroffen werden.

Ebenfalls halte ich das von Gesell entwickelte Modell des Freigeldes für nicht praktikabel. Der Zwang zum Konsum durch die Abschaffung der Zinsen führt nicht nur zu einer Ankurbelung der Wirtschaft, sondern auch zu unübersehbaren ökologischen Problemen (Müll, Abgase etc.), was angesichts der bereits bestehenden Schwierigkeiten nicht wünschenswert erscheint. Außerdem wird es durch die Einführung des Systems des Freigeldes unmöglich, größere Investitionen zu tätigen, da keine Rücklagen mehr gebildet werden können.

Viele Wirtschaftstheorien sind nach meiner Auffassung immer nur aus der Zeit zu betrachten, in der sie entstanden sind. So bin ich der Überzeugung, daß Gesell unter den heute herrschenden Bedingungen seine Ideen zumindest modifizieren würde.

Unter Berücksichtigung der geschilderten Gesichtspunkte können Ihnen die gewünschten Forschungsaufträge und Anhörungen durch den Deutschen Bundestag nicht in Aussicht gestellt werden. Da auch die wirtschaftspolitischen Initiativen im Deutschen Bundestag von den dort vertretenen Fraktionen ausgehen, steht es Ihnen frei, sich nochmals direkt an diese zu wenden.

Darüber hinaus wären sicherlich Publikationen in entsprechenden Fachzeitschriften ein geeignetes Mittel, die Lehren von Silvio Gesell in Erinnerung zu rufen.

Ich bedauere, Ihnen letztendlich nur diese Hinweise geben zu können. Eine Ausfertigung Ihres Anschreibens erhalten Sie als Anlage zurück.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

( Theis )

10. Mai 1988

Deutscher Bundestag  
-Petitionsausschuß-  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Petition: Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juni '87  
Ihr Zeichen: PetA-11-99-703-13074  
Ihre Nachricht vom 15. April 1988

Sehr geehrte Mitglieder  
des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages,

die o.a. Antwort auf die von mir formulierte und betreute Petition kann ich weder formal noch inhaltlich akzeptieren:

a) Die Antwort ist mit dem Namen Theis (Frau oder Mann?) unterzeichnet. Dieser Mensch ist aber weder Mitglied des Petitionsausschusses noch des Bundestages. Da die Antwort aber in ihrer Konsequenz eine Ungeheuerlichkeit ist, ist es nicht angebracht, daß sich die Ausschußmitglieder hinter eine(n) Verwaltungsangestellte(n) verstecken.

b) Das Hintergrundschreiben „Glasnost und Perestrojka ...“ habe ich ja u. a. auch deshalb geschrieben, um eine Antwort wie die von 15. April unmöglich zu machen. Der vermutlich liebenswerte Mensch Theis hat sich sicher Mühe gegeben; er hat aber wenig oder nichts von der eigentlichen Problematik verstanden. Es ist aber nicht Theis zu kritisieren sondern der Ausschuß. So wie die Ausschußmitglieder haben auch die Parlamentarier der Weimarer Republik häufig genug reagiert. Diese Haltung von Parlamentariern - sei sie in Überforderung, Überheblichkeit, Ignoranz oder Parteidisziplin begründet - hat damals das Ende der Demokratie eingeläutet und Millionen von Menschen das Leben gekostet. Und diese gleiche Haltung der Parlamentarier von heute führt zum Untergang unserer Republik, sie verhindert die Überwindung von Hunger, Arbeitslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Terror bei uns, aber auch über die Grenzen hinaus.

Der Übergang vom überforderten Abgeordneten zum verbrecherischen Abgeordneten ist fließend. Ich halte mich ja nicht für besonders klug und glaube auch, daß sich das, was ich den Mitgliedern des Deutschen Bundestages zu sagen habe, besser oder eleganter formulieren läßt. Es ist aber doch ein Unding: Der Bundestag verhält sich wie eine Polizei, zu der ein Bürger kommt, um eine Anzeige über ein von ihm beobachtetes Kapitalverbrechen zu machen und die dann sagt: „Wir fühlen uns nicht zuständig. Schreiben sie einen Artikel über den Vorgang und bemühen sie sich um eine Veröffentlichung in der Zeitschrift für Kriminologie.“ Für die Probleme, die ich beschrieben habe, ist der Bundestag verantwortlich. Und jeder von Ihnen, der nicht alle Wege untersucht (oder untersuchen läßt), die aus der Arbeitslosigkeit herausführen könnten, mißbraucht sein Amt und ist ein Lügner (direkt oder indirekt).

Die Bombe wollen Sie nicht. Die Bombe will ich nicht. Nun sagen Sie mir aber bitte, was ich tun soll, wenn das Argument auch nicht gelten soll und ich mich als Demokrat nicht aufgeben will?

Zum Schluß noch eine Frage und eine Bitte:

- a) Wurden die Unterzeichner der Petition darüber informiert, daß sie mit ihrem Anliegen nicht ernst genommen werden?  
b) Kann ich die Petitionen, die sich im Laufe der Zeit mit dem Fragenkomplex, den ich beschrieben habe, befassen, einsehen? Oder sind es zu viele? Gibt es Zusammenfassungen?

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Kopien dieses Schreibens gehen an: den Bundespräsidenten, das Bundestagspräsidium, vier MdBs, die nicht Mitglieder des Petitionsausschusses sind.

# DEUTSCHER BUNDESTAG

Petitionsausschuß  
Vorsitzender  
PetA-11-99-703-13074

5300 Bonn 1  
Bundeshaus  
4. Juli 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Betr.: Wirtschaftspolitik.  
Bezug: Ihre Schreiben vom 10. und 11. Mai 1988  
Anlg.: - 1 Heft -

Sehr geehrter Herr Abromeit!

Für Ihre o. a. Schreiben danke ich Ihnen.

Ihr an das Präsidium des Deutschen Bundestages gerichtetes Schreiben wurde gleichfalls hierher abgegeben, weil alle Zuschriften, die eine an den Deutschen Bundestag gerichtete Bitte oder Beschwerde beinhalten, dem Petitionsausschuß zur Bearbeitung zugeleitet werden.

Die Behandlung Ihres Schreibens vom 1. März 1988 durch den Ausschußdienst kann ich nicht beanstanden. Sie entspricht den Verfahrensgrundsätzen des Petitionsausschusses und genügt den verfassungsrechtlichen Anforderungen für die Behandlung von Anliegen, die nicht zum Aufgabenkreis des Petitionsausschusses gehören.

Da Sie offensichtlich die Möglichkeiten des Petitionsausschusses verkennen, darf ich zu Ihrer Information nochmals auf dessen Aufgaben hinweisen:

Aufgabe des Petitionsausschusses ist es, Handlungen oder Unterlassungen von Bundesbehörden oder anderen Verwaltungsstellen zu prüfen, die der Weisung oder Aufsicht einer obersten Bundesbehörde unterliegen.

Der Petitionsausschuß ist auch zuständig für die Behandlung von Bitten zur Bundesgesetzgebung.

Somit kann der Petitionsausschuß insbesondere keinen Einfluß auf die Meinungsbildung und die Entscheidungen der Fraktionen des Deutschen Bundestages nehmen. Auf seinen Vorschlag werden zwar Eingaben, die als Anregung für eine parlamentarische Initiative geeignet erscheinen, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben. Es ist jedoch nicht seine Aufgabe, Manuskripte vervielfältigen und an alle Mitglieder des Bundestages weiterleiten zu lassen.

Ihre Schlußfragen beantworte ich wie folgt:

Bei Sammeleingaben wird nur dem Initiator bzw. der Kontaktperson geantwortet.

Weitere Eingaben, die sich speziell mit dem von Ihnen vorgetragenen Anliegen befassen, liegen dem Petitionsausschuß nicht vor.

Mit freundlichem Gruß  
(Dr. Gero Pfennig).

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

2. März 1988

An das Präsidium  
des Deutschen Bundestages  
z.Hd. des Präsidenten  
Herrn Dr. Philipp Jenninger  
Bundeshaus  
5300 Bonn

Mein beigefügter Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundestages vom Januar 1988 nebst Anlagen zusammengefaßt unter dem Titel „Glasnost und Perestrojka ...“

Sehr geehrter Herr Dr. Jenninger,

der beigefügte Schriftsatz ist Bestandteil einer Petition, die dem Petitionsausschuß inzwischen vorliegen müßte.

Ich habe den Brief aber nicht nur für die Mitglieder des Petitionsausschusses geschrieben, sondern für alle Mitglieder des Bundestages. Vom Inhalt hergesehen halte ich die Fraktionen nicht für die geeigneten Empfänger.

Nun besteht nach Auskunft der Bundestagsverwaltung, die Übereinkunft im Bundestag, daß Informanten, die die einzelnen Abgeordneten informieren wollen, ihre Information kuvertiert und adressiert in der erforderlichen Anzahl im Bundeshaus anliefern müssen. Im Prinzip halte ich diese Regelung für vernünftig. Ein Prinzip wird nur dann unvernünftig, wenn daraus eine Prinzipienreiterei gemacht wird. Ich vermute daher, daß das Gremium, das diese Regelung beschlossen hat, auch Ausnahmen vorgesehen hat.

Meine Situation ist die, daß mir meine Arbeitslosenhilfe nicht ermöglicht, die Drucksache in der erforderlichen Anzahl zu finanzieren. Andererseits bin ich mir gewiß, daß mein Brief nicht durch irgendeine andere Drucksache ersetzt werden könnte. Ich bitte Sie daher, im Präsidium darüber zu beraten, wie meine Drucksache allen Abgeordneten zugänglich gemacht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlage: Schnellhefter mit Schriftsatz "Glasnost"

11. Mai 1988

An das Präsidium  
des Deutschen Bundestages  
Bundeshaus  
5300 Bonn

„Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik  
Deutschland - ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“  
Mein Schreiben vom 2. März 1988

Sehr geehrte Frau Renger,  
Sehr geehrte Herren,

ich habe Ihnen mit meinem Schreiben vom 2. März (siehe Anlage) meine Ausarbeitung  
"Glasnost ..." zugesandt mit der Bitte zu prüfen, ob nicht eine Ausnahmeregel die Vervielfälti-  
gung meiner Informationen für die Bundestagsmitglieder ermöglicht.

Vom Petitionsausschuß erfahre ich nun, daß das Präsidium den Vorgang an diesen weiterge-  
leitet hat. Dies war selbstverständlich nicht Sinn meines Schreibens an das Präsidium. Ich  
habe aber möglicherweise zu diesem Mißverständnis selber beigetragen, weil es in meinem  
Schreiben vom 2. März heißt: „Der beigefügte Schriftsatz ist Bestandteil einer Petition...“. Es  
hätte dort heißen müssen: „Der Schriftsatz ist als Hintergrundinformation zu einer Petition  
entstanden.“

Der Inhalt von „Glasnost ...“ geht weit über das Anliegen der Petition hinaus. Das Schreiben  
ist nicht aus Geltungssucht oder Langeweile entstanden, sondern als Mahnung, Warnung und  
Ermunterung der Bundestagsmitglieder nach 21-jähriger Mitarbeit in demokratischen Part-  
eien, nach vielen Diskussionen und nach eigener Denkarbeit über die Realisierung einer freien  
Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit.

Das Geringste, was ich vom Präsidium eines demokratischen Organs erwarten kann, ist doch,  
daß es seine Mitglieder mündlich oder schriftlich darüber informiert, daß eine Kritik zur Ar-  
beit seiner Mitglieder von einem Bürger eingereicht wurde. Ich verwechsle doch nicht das  
Präsidium des Deutschen Bundestages mit den der Volkskammer oder einer Vereinigung zur  
Verteidigung politischer Mittelmäßigkeit. Ich denke auch, daß Sie auch ohne diesen Hinweis  
wissen, was Ihre demokratische Pflicht ist und was Sie bei Übernahme ihres Amtes geschwo-  
ren haben.

Mit Gruß und Hochachtung

*Abromeit*

Anlagen: Kopie meines Schreibens von 2. März 1988

Schnellhefter mit Schriftsatz „Glasnost ...“

Kopien dieses Schreibens gehen an den Bundespräsidenten, an

je einem Mitglied der Fraktionen im Bundestag und an den Petitionsausschuß

10. Mai 1988

An die Mitglieder  
des Deutschen Bundestages:  
Herrn Prof. Dr. Kurt Biedenkopf,  
Frau Dr. Hildegard Hamm-Brücher,  
Herrn Hans-Ulrich Klose und  
Frau Getrud Unruh  
- je gesondert -

"Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik ..."

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weiß, daß Sie und auch Ihre Kollegen und Kolleginnen im Bundestag mit Anliegen und Informationen überhäuft werden. Ich bitte Sie aber trotzdem, die Rolle des Informationsblockadebrechers zu übernehmen.

Aus den Anlagen können Sie entnehmen, worum es geht. Ich denke, daß sich Ihre eigenen - wenn auch unterschiedlichen - Anliegen darin widerspiegeln.

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlagen: Korrespondenz - Petitionsausschuß  
" - Bundestagspräsidium  
Schriftsatz: „Glasnost und Perestrojka ...“  
„Glasnost ...“, I vom 23. 7. 87



Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf  
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1  
Bundeshaus  
30. Mai 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Sehr geehrter Herr Abromeit,

für Ihr Schreiben vom 10. Mai 1988 und die damit übersandten Unterlagen bedanke ich mich. Viele der in den verschiedenen Schreiben und in Ihrer Ausarbeitung „Glasnost und Perestrojka ...“ angesprochenen Probleme sind sicher bedenkenswert und bedürfen der vertieften Diskussion. Wie Sie vielleicht wissen, beschäftigt sich das von mir gegründete Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn e. V., mit der wissenschaftlichen Bearbeitung von Fragestellungen aus dem Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer Aufbereitung für die Praxis. Dabei fühlen wir uns den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Wir analysieren mittel- und langfristige Entwicklung im Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft und versuchen neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen aufzuspüren und Lösungsvorschläge für zukünftige Aufgaben zu erarbeiten.

Auf der Grundlage dieser Arbeit erscheint es mir wenig sinnvoll, die wirtschaftspolitischen Ansätze von Silvio Gesell auf die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu übertragen. Insofern halte ich auch entsprechende Forschungsaufträge oder Anhörungen durch den Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages nicht für zweckmäßig.

Ich weiß, daß meine Antwort Sie nicht zufriedenstellen wird. Trotzdem sehe ich mich nicht in der Lage, Ihr Anliegen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Biedenkopf

Dr. Hildegard Hamm-Brücher  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsminister a. D.

Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Gabriel-Max-Straße 11  
8000 München 90

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

*Sehr geehrter Herr Abromeit*

die große Zahl von Briefen, die mich täglich erreichen, erlauben mir leider nicht mehr, Ihnen , sehr geehrter Herr Abromeit, für Ihren Brief so persönlich und ausführlich zu danken, wie ich es gerne möchte. Sie sollen aber wenigstens wissen, daß ich ihn aufmerksam gelesen habe und nach Möglichkeit bei meiner Arbeit berücksichtigen werde.

*Dank für Ihr ausführliche Ausarbeitung. Ich habe unsere Vertreterin im Petitionsaussch. Gebeten Ihre Angelegenheit nachzugehen.*

Bitte, haben Sie für diese, nur notgedrungen gewählte Form der Beantwortung im Hinblick auf meine Überlastung Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

*H. Hamm-Brücher*



## Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Der Parteivorstand  
Schatzmeister - Leiter des Büros

Bonn, den 12. Juli 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
wir haben Ihr Schreiben mit Unterlagen vom 10. Mai 1988 dankend erhalten.  
Hans-Ulrich Klose wird sich von Ihrem umfangreichen Schriftsatz informieren.  
Sie werden Verständnis dafür haben, daß dies angesichts aller weiteren notwendigen Verpflichtungen von Herrn Klose einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Mit freundlichem Gruß

Karlheinz Maldaner

9. Mai 1988

An den  
Bundespräsidenten  
Herrn Dr. Richard von Weizsäcker  
Kaiser-Friedrich-Straße 16

5300 B o n n 1

„Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik  
Deutschland - ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“

- Hier: 1. Information über den Vorgang  
2. thematisches Aufgreifen  
a) des erforderlichen Wandels in der politischen Willensbildung,  
b) der notwendigen ehrlichen und radikalen Analysen der sozialökonomischen  
Probleme wie z.B. jenes der Arbeitslosigkeit und der wirklich offenen Diskussion  
der Ergebnisse besonders in den Parlamenten

Sehr geehrter Herr Dr. von Weizsäcker,

die Hannoversche Allgemeine Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 20. Februar 1988 unter der Schlagzeile „Der Papst zeichnet ein düsteres Bild vom Zustand der Welt“ über die zweite Sozialzyklika von Johannes Paul II..

Es heißt u.a. „Kritisch äußerte sich Johannes Paul II. sowohl über den 'liberalistischen Kapitalismus' als auch über den 'kollektivistischen Marxismus', die er beide wegen ihrer 'Tendenz zum Imperialismus' für die mangelhafte Entwicklung der Dritten Welt verantwortlich macht: ...“

An anderer Stelle zitiert die HAZ den Papst: „Befreiung von jeder Form der Knechtschaft ... ist ein edles und berechtigtes Anliegen.“

Der Zustand dieser Welt und auch jener unserer Gesellschaft wird wohl noch düsterer werden, wenn weder den Ursachen der Fehlentwicklungen nachgegangen noch eine wirkliche befreiende demokratische Wende eingeleitet wird. Sie konnten sich auf Reisen - wie der Papst - durch eigene Anschauung ein Bild vom Elend z. B. in Afrika machen. Bei uns hat das Elend ein anderes Gesicht und die sozialökonomische Bedrohung durch die Verschuldung einerseits und die Kapitalkonzentration andererseits ist nur wenigen Bürgern bewußt. Die Probleme zu erkennen und sie den Mandatsträgern und Bürgern deutlich zu machen ist eine wichtige Seite der Problembewältigung. Aber genauso wichtig ist es, an den Ursachenanalysen und an den Lösungen zu arbeiten. Es ist sicherlich falsch zu behaupten, alle Ökonomen seien von den Fraktionen der wirtschaftlichen und politischen Macht gekauft. Es gibt einfach ein Vielfaches und ehrliches Bemühen unter den Ökonomen. Aber verglichen z.B. den Forschern der Raumfahrt arbeiten die Sozialwissenschaftler einfach stümperhaft. Und in den Parlamentsdebatten kann ich wohl die Verteidigung von Ideologien und Machtpositionen erkennen, aber keine

zweckrationale Suche nach Lösungen unserer ökonomisch bedingten gesellschaftlichen Probleme.

Der Papst ist im Grunde - wie viele Menschen - auf der Suche nach einer Alternative zum Kapitalismus und Kommunismus. Diese Alternative gibt es in der Form der Marktwirtschaft, die vom Kapitalismus befreit wurde. Warum erfährt der Papst darüber nichts? Und warum erfahren darüber die suchenden Menschen weder etwas aus den Massenmedien noch in den Parlamentsdebatten?

Zur ersten Frage könnten Sie antworten, daß ich dem Papst ja eine Mitteilung machen könnte. Nun Sie wissen selber, wie wenig von der reichlich eingehenden Post, die Sie als Präsident erhalten. Sie selber lesen können. Und der Papst hat sicher auch so tüchtige Mitarbeiter wie z. B. Ihren Dr. Pieper, der mit nichtssagenden Dankeschön-Schreiben Ihnen die Bürger(innen) vom Halse hält.

Die zweite Frage kann ich mir natürlich auch selber beantworten: Bekannt ist ja, daß der Bewußtseinsstand der Menschen über den Inhalt der verschiedenen Wissensgebiete sehr unterschiedlich ist. Die Klage, daß die Masse ein oder zwei Generationen hinter dem Erkenntnisstand her hinkt, ist nicht selten, übersehen wird nur häufig von den Spitzenreitern, daß sie außerhalb ihres Fachgebietes auch zur hinterherhinkenden Masse gehören.

Was ich versuche zu verdeutlichen, ist, daß wir nicht am Ende mit unserem Latein sind, sondern, daß wir erst unsere Lektion zu lernen haben. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Welt aufgehellt werden kann, wenn genügend Menschen mobilisiert werden, die bereit sind, mit Herz und Verstand diese Aufgabe anzupacken. Ich meine, hier könnten Sie Ihre Macht - die in der Hauptsache im Zugang zu den Massenmedien besteht - einsetzen. Wichtig scheint mir dabei, daß die Probleme und Anliegen konkret benannt werden. Bestimmte Probleme konkreter benennen zu können, dazu kann Ihnen vielleicht die Lektüre meines Briefes an die Mitglieder des Bundestages verhelfen.

Viele Menschen wollen sicher Hilfe von Ihnen. Ich selber möchte Ihnen helfen, besser helfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlagen: Schnellhefter mit Schriftsatz „Glasnost ...“  
Schreiben vom 2. 3. und 11. 5. '88 an das Bundestagspräsidium  
Korrespondenz: Petitionsausschuß

# BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Az.: A 1/3-15398/86  
(Bei Rückfragen bitte angeben)

Kaiser-Friedrich-Straße 16  
5300 BONN 1, den 18.7.1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
der Herr Bundespräsident dankt Ihnen vielmals für Ihren Brief vom 9. Mai 1988 und den ihm beigelegten umfangreichen Unterlagen zu den wirtschaftspolitischen Problemen bei uns und der Notwendigkeit des Strukturwandels. Ich habe mir erlaubt, diesem Brief den Text der Ansprache des Herrn Bundespräsidenten beizufügen, die er vor einigen Wochen bei der Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gehalten hat und in der er sich mit diesen Problemen auseinandergesetzt hat.  
Mit freundlichen Grüßen

Dr. Pieper

Anlage

-----  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Nr.78/3.745 Bonn, den 9. Juni 1988

Bulletin

Gemeinsame Verantwortung von Politik  
und Wirtschaft für die Zukunft

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

2. März 1988

An den Präsidenten  
des Bundesrats  
Göresstraße 15  
5300 Bonn

„Glasnost und Perestrojka  
auch in der Bundesrepublik Deutschland  
ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“

Hier: Information der Mitglieder des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Dr. Wallmann,  
als Anlage sende ich Ihnen, meinen o. a. Brief nebst Anlagen.  
inhaltlich geht es um:

die Überwindung des Vertrauensverlustes der Politik,  
den Umgang mit der Vergangenheit,  
die nationale Identität,  
die Überprüfung und Neugestaltung der Strukturen von Demokratie und Gesellschaft,  
die Auflösung wesentlicher ökonomischer Probleme,  
zusammengefaßt geht es um die Menschenrechte, besonders um jene der Bundesre-  
publikaner.

Ich bitte Sie als derzeitigen Präsidenten des Bundesrates, allen Mitgliedern des Bundesrates  
den Inhalt meines Briefes in geeignete Form zur Kenntnis zu bringen. Mir selber ist es fi-  
nanziell nicht möglich, eine größere Anzahl der Drucksache zur Verfügung zu stellen. Ich hof-  
fe, daß diesmal mein Engagement für Freiheit und soziale Gerechtigkeit auf fruchtbaren  
Boden fällt.

Für eine kurze Eingangsbestätigung und für einen Hinweis, wie in der Sache verfahren wird,  
wäre ich dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlage: Schnellhefter mit dem Schriftsatz "Glasnost ..."

# BUNDESRAT DIREKTOR

III ZI - 99/88

5300 BONN 1, 11.März 1988  
BUNDESHAUS (NORDFLÜGEL)

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
im Auftrag von Bundesratspräsident Dr. Vogel bestätige ich den Eingang  
Ihres an dessen Amtsvorgänger gerichteten Schreibens vom 2. März 1988, mit  
dem Sie die Kopie einer an die Mitglieder des Bundestages gerichteten  
umfangreichen Schrift übersandt haben.

Das Grundgesetz gibt jedermann das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden  
an die zuständige Stelle oder an die Volksvertretung zu wenden (Ar-  
tikel 17 GG). Da der Bundesrat keine Volksvertretung ist, werden hier nur  
solche Eingaben sachlich behandelt, für die sich eine Zuständigkeit aus dem  
Grundgesetz ergibt. Aus dem Inhalt Ihres Schreibens ergeben sich keine  
Bitten oder Beschwerden zu anhängigen Notlagen oder konkrete Anregungen  
für Gesetzesinitiativen. Zu allgemeinen politischen Meinungsäußerungen kann  
von hier aus nicht Stellung genommen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

( Raderschall )



LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG  
Der Direktor

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Stuttgart, den 11. März 1988

Sehr geehrter Herr Abromeit;  
Für die Zusendung Ihres an die Mitglieder des Bundestages gerichteten Briefes danke ich Ihnen. Ihre Zuschrift wird den Fraktionen des Landtags in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht. Es hängt dann von deren Initiative ab, ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen sie aus Ihrer Information ziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Böhringer

oooooooooooooooooooooooooooo

BAYERISCHER LANDTAG  
- Der Persönliche Referent des Präsidenten -

Maximilianeum, 09.03.1988  
8000 München 85

01490-302

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit!  
Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 02.03.1988  
Ich habe veranlaßt, daß Ihr Brief nebst Anlagen den zuständigen Ausschüssen im Bayerischen Landtag zur Kenntnis gebracht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bernhard Graf  
Regierungsdirektor

BAYERISCHER LANDTAG  
Landtagsamt  
Az.: AV.W.208.02413

8000 München 85, 17.03.88  
Maximilianeum

Herrn  
Tristan Amboreit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Zum Schreiben vom 02.03.88

- Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Amboreit,  
der Eingang Ihres Schreibens wird hiermit bestätigt. Es wurde dem  
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zur Kennt-  
nisnahme vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen  
I.A.  
Miller  
Regierungsdirektor

oooooooooooooooooooooooooooo

Der Präsident des Abgeordnetenhauses  
von Berlin  
- Persönlicher Referent -

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

8. März 1988

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
die uns übersandte Information hat der Präsident des Abgeordnetenhauses von  
Berlin, Peter Rebsch, mit Interesse zur Kenntnis genommen.  
Ich bitte um Ihr Verständnis, daß Ihre mehr als 100 Seiten umfassende Publikation  
den Abgeordneten - u.a. auch aus Kostengründen - nicht als Einzelinformation  
zur Verfügung gestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

- Kipsch

DER PRÄSIDENT  
DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT

2800 Bremen 1, den 23. März 1988  
Haus der Bürgerschaft

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit!  
Ihr Schreiben mit Anlage vom 2. März 1988 zu „Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland“ habe ich in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 15. März 1988 den Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft inhaltlich zur Kenntnis gegeben und bei der Verwaltung der Bürgerschaft zur Einsichtnahme auslegen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Dr. Klink)  
Präsident

oooooooooooooooooooooooooooo

HESSISCHER LANDTAG  
DER PRÄSIDENT  
PJD 2 - Pet. 941/XII

6200 WIESBADEN 1, 18. März 88  
rd-F

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Betr.: Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juni 1987  
Bezug: Ihr Schreiben 02.03.88

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
Ihre oben genannte Eingabe habe ich dem Herrn Vorsitzenden des Hauptausschusses mit der Bitte um Kenntnisnahme zugeleitet.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

L e s s l e

DER PRÄSIDENT  
DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGES  
- Landtagsverwaltung -  
11/71 - 0104 - 15

3 HANNOVER, den 14. März 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Betr.: Ihr Schreiben vom 2. März 1988

Sehr geehrter Herr Abromeit!  
Abdrucke Ihres o. a. Schreibens habe ich den Fraktionen des  
Niedersächsischen Landtages zugeleitet mit dem Hinweis, daß  
Ihre Ausarbeitung in der Landtagsbibliothek eingesehen wer-  
den kann .

Hochachtungsvoll I  
Im Auftrage  
xyz

oooooooooooooooooooooooooooo

DER PRÄSIDENT  
DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 DÜSSELDORF, DEN 11.03.1988  
HAUS DES LANDTAGS, POSTFACH 1143

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Betr.: Ihr Schreiben vom 2. März 1988

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
den Eingang Ihres Schreibens vom 2. März 1988 bestätigend teile  
ich Ihnen mit, daß ich Ihre Stellungnahme, die Sie im übrigen als  
Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet haben, dem Haupt-  
ausschuß des Landtags zur Kenntnisnahme zugeleitet habe.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

(Fußbahn)

LANDTAG  
RHEINLAND-PFALZ  
PRÄSIDENT

6500 Mainz, den 9. März 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 2. März 1988 mit beigelegtem Aktenstück.  
Es ist nicht üblich, daß die Landtagsverwaltung privat zugesandte Schriftstücke vielfältigt,  
um sie an die Abgeordneten zu verteilen. Ihrem Wunsch kann ich daher zu meinem Bedauern  
nicht nachkommen.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Heinz Peter Volkert)

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

LANDTAG DES SAARLANDES  
DER DIREKTOR  
Tgb.Nr. 435/88

6600 Saarbrücken, den 14. März 1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Betr. : Schriftsatz "Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland, ein  
Brief an die Mitglieder des Bundestages"

Bezug: Ihr Schreiben vom 2. März 1988

Sehr geehrter Herr Abromeit!  
Im Auftrage des Herrn Landtagspräsidenten Herold bestätige ich Ihnen den Eingang Ihres  
Schreiben vom 2. März 1988 mit dem beigelegten Schriftsatz „Glasnost und Perestrojka auch  
in der Bundesrepublik Deutschland, ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“.

Ihr Schreiben mit Anlage wurde im Umlaufverfahren an die im Landtag vertretenen Fraktio-  
nen mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Mit freundlichen Grüßen  
i.A. (Barth) Ministerialrat

Herrn  
T r i s t a n Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Betreff: Eingabe 267/XI

Bezug: Ihr Schreiben vom 02.03.88

Sehr geehrter Herr Abromeit,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben. Leider habe ich keine Möglichkeit, Ihr Anliegen an die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages heranzutragen. Auch die Voraussetzungen für eine Überweisung an den Eingabenausschuß des Landtages sind nicht gegeben.

Nach der Geschäftsordnung des Landtages bin ich gehalten, Ihnen Ihr Schreiben mit Anlage unerledigt zurückzugeben.

Ich füge ein Faltblatt über die Tätigkeit des Eingabenausschusses bei. Die personelle Zusammensetzung des Eingabenausschusses hat sich allerdings inzwischen geändert.

Mit freundlichem Gruß

Im Auftrag  
xyz

oooooooooooooooooooooooooooo

Tristan Abromeit

2. März 1988

An die Bundespressekonferenz  
Theodor-Heuss-Allee 2-10  
5300 Bonn

„Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages“

Sehr geehrte Damen und Herren,  
als Anlage erhalten Sie den oben angeführten Schriftsatz mit der Bitte Ihre Mitglieder davon in Kenntnis zu setzen.

Ich bitte um eine kurze Mitteilung darüber, wie die Bundespressekonferenz mit Informationen wie die vorliegende umgeht.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Schnellhefter mit Schriftsatz „Glasnost ...“

*Abromeit*

Tristan Abromeit  
Westdeutscher Rundfunk Köln  
- Redaktion -  
Postfach 10 19 50  
5000 Köln

5. März 1988

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

Hier: - Information der Redaktionen für politische Sendungen im  
Hörfunk und Fernsehen  
- Manuskriptanforderung WDR III , Kritische Chronik

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der oben angeführte Brief ist im Zusammenhang mit der Petition  
"Prüfung einer alternativen Ökonomie" entstanden.  
Ich sende Ihnen ein Exemplar des Schriftsatzes, da ich annehme,  
daß der Vorgang für Ihre Hörer und Zuschauer von Interesse ist.  
Für den Fall, daß Sie keine Verwertung für den Schriftsatz  
haben, bitte ich Sie, mir die Anlage zurückzusenden.  
Mit meinem Schreiben vom 15. Februar 1988 hatte ich beim Hörfunk  
III, Redaktion Kritische Chronik, angefragt, ob zu den Sendebei-  
trägen zu den Themen "Geheimdienste" vom 14. 2. 88 eine Kopie  
der Manuskripte haben könnte und Verfasser und Verlag der  
Schrift "Bürgerrechte und Polizei" erfahren könnte. (Ich konnte  
mir während der Sendung keine Notizen machen.) Leider habe ich  
keine Antwort erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Schnellhefter mit Schriftsatz "Glasnost

*Abromeit*

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Tristan Abromeit

5. März 1988

Norddeutscher Rundfunk  
- Funkhaus Hannover -

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland ...

Hier: - Information der Redaktionen für politische Sendungen im  
Hörfunk und Fernsehen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der oben angeführte Brief ist im Zusammenhang mit der Petition "Prüfung einer alternativen  
Ökonomie" entstanden. Ich sende Ihnen ein Exemplar des Schriftsatzes, da ich annehme, daß  
der Vorgang für Ihre Hörer und Zuschauer von Interesse ist.  
Für den Fall, daß Sie in Hannover keine Verwertung für den Schriftsatz haben, bitte ich Sie,  
die Anlage an zuständige Redaktionen des NDR in Hamburg weiterzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlagen

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

5. März 1988

Frankfurter Allgemeine  
Zeitung für Deutschland  
- Redaktion -  
Postfach 2901  
6000 Frankfurt 1

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der oben angeführte Brief ist im Zusammenhang mit der Petition  
„Prüfung einer alternativen Ökonomie“ entstanden.  
Ich sende Ihnen ein Exemplar des Schriftsatzes, da ich annehme,  
daß der Vorgang für Ihre Leser von Interesse ist.  
Ein Leser Ihrer Zeitung hat mir geraten. Ihnen den Teil  
"Gesellschaft auf Irrwegen" (Seite 7 - 37) seperat zuzusenden.  
Mir liegt aber daran, den Gesamtzusammenhang deutlich zu machen.  
Für den Fall, daß Sie keine Verwertung für den Schriftsatz  
haben, bitte ich Sie, mir die Anlage zurückzusenden.  
Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*

Anlage: Schnellhefter mit Schriftsatz "Glasnost ..."

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Tristan Abromeit

5. März 1988

Süddeutsche Zeitung  
8000 München 2

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der oben angeführte Brief ist im Zusammenhang mit der Petition  
"Prüfung einer alternativen Ökonomie" entstanden.  
Ich sende Ihnen ein Exemplar des Schriftsatzes, da ich annehme,  
daß der Vorgang für Ihre Leser von Interesse ist.  
Ein Leser Ihrer Zeitung hat mir geraten. Ihnen den Teil  
"Gesellschaft auf Irrwegen" (Seite 7 - 37) seperat zuzusenden.  
Mir liegt aber daran, den Gesamtzusammenhang deutlich zu machen.  
Für den Fall, daß Sie keine Verwertung für den Schriftsatz  
haben, bitte ich Sie, mir die Anlage zurückzusenden.  
Mit freundlichen Grüßen                      Anlage: Schnellhefter mit Schriftsatz „Glasnost ...“



Herrn  
Tristan Abromeit

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
haben Sie Dank für die Zusendung Ihrer umfangreichen Ausarbeitung zur alternativen  
Ökonomie. Es wird Sie nicht überraschen, daß wir Ihnen das Werk zurückschicken. Für eine  
Tageszeitung eignet es sich nicht zur Veröffentlichung und auch nicht zur eingehenden  
Diskussion. Es handelt ja auch von Problemen, mit denen wir uns jeden Tag herumschlagen.  
Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Christian Schütze)

00000000000000000000

Tristan Abromeit

5. März 1988

Der Spiegel  
- Redaktion -  
Postfach  
Brandstwierte 19  
2000 Hamburg 11

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,

... (ähnlich lautender Text wie vorher)

00000000000000000000

(Vordruck)

#### DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Lieber SPIEGEL-Leser!

Wir haben für das Manuskript, das Sie uns anbieten, leider keine Verwendung. Ein Nachrichten-Magazin ist für die Aufnahme individueller Autorenbeiträge nicht geeignet und veröffentlicht weder Abhandlungen noch literarische Arbeiten. Da es kein Feuilleton und keine schöngeistigen Rubriken enthält, fehlt ihm der Rahmen für Satiren, Kurzgeschichten, Verse und andere Gattungen der Poesie. Ein Nachrichten-Magazin hat auch keine Sonderseiten, auf denen Wochen- oder Tageszeitungen — etwa unter „Welt und Leben“, „Zeiten und Gestalten“, „Ereignisse und Meinungen“ — unverlangte Beiträge gelegentlicher Mitarbeiter abdrucken. Die aktuellen und zeitkritischen Beiträge, Serien und Kommentare schreiben beim SPIEGEL normalerweise die Journalisten der Redaktion selbst, nur in Sonderfällen von der Redaktion fest beauftragte Rezensenten oder Autoren.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr SPIEGEL

DIE ZEIT

Redaktionsbüro Bonn

Klaus-Peter Schmid  
24.3.1988

Herrn  
Tristan Abromeit

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
schönen Dank für Ihren umfangreichen Text, den mir die Hamburger Zeit-Kollegen geschickt haben. Da wir nicht die Absicht haben, den Schriftsatz zur Grundlage einer Veröffentlichung zu machen, erhalten Sie ihn beiliegend zurück.

Mit freundlichem Gruß  
Klaus-Peter Schmid

Anlage

oooooooooooooooooooooooooooooooooooo

DEUTSCHES ALLGEMEINES  
SONNTAGSBIATT  
UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK WIRTSCHAFT KULTUR  
Redaktion

Hamburg, den 29.3.88  
due/s i

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt I

Sehr geehrter Herr Abromeit,  
Sie liefern mit Ihrem Schriftsatz "Glasnost und Perestroika" interessante Denkanstöße, die aber in der Länge und Art der Darstellung für unsere Wochenzeitung nicht geeignet sind. Die Form erscheint mir eher für eine Monatszeitschrift oder Vierteljahrszeitschrift geeignet,  
Mit freundlichem Gruß

Jürgen Duenbostel

21. April 1988

An den  
Präsidenten  
des Bundesverfassungsgerichts  
Herrn Prof. Dr. Soman Herzog  
Postfach  
7500 Karlsruhe

Zur Information der Richter am Bundesverfassungsgericht

GLASNOST und PERESTROJKA auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

---

Sehr geehrter Herr Professor Herzog,

als ich den oben angeführten Brief an die Bundestagsmitglieder verfaßte, dachte ich mir, daß es den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichtes nicht schaden könnte, die dort zu Papier gebrachten Gedanken über unsere Demokratie und Sozialökonomie, die nicht durch Gremien oder Rücksichten deformiert wurden, zugänglich zu machen. Ich denke, daß es einfach Wechselbeziehungen zwischen Bundestag, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht einerseits und zwischen diesen Institutionen und der öffentlichen Meinung bzw. dem Bewußtseinsstand der politisch agierenden Bürger(innen) gibt. Da nach meiner Beobachtung die Inhalte der Begriffe DEMOKRATIE, GEWALTENTEILUNG, FREIHEIT, GLEICHHEIT und BRÜDERLICHKEIT usw. einem Konfusionsprozeß ausgesetzt sind, können die Urteile des BVG auch nicht ganz frei von dieser ordnungspolitischen Konfusion sein.

Meine Hochachtung gegenüber dem BVG aufgrund eines positiven Vorurteils hat mich lange daran gehindert zu erkennen, daß das BVG auch nicht besser sein kann als die Gesamtgesellschaft und die von ihr gebildeten anderen staatlichen Institutionen.

Neulich lag ich mit einer fiebrigen Erkältung im Bett. Unglücklicherweise fiel mir das Bun-

desverfassungsgericht ein. Dieses Stichwort hat wahre Alpträume bei mir ausgelöst. Mir kamen Vergleiche zwischen dem Volksgerichtshof und dem BVerfG in dem Sinn. Nüchtern betrachtet hat ein solcher Vergleich keine reale Basis und wäre eine Beleidigung der Richter am BVerfG. Aber können Richter, die - wie wenige andere Berufsgruppen - ihre menschliche Existenz mit der Existenz des Staates so intensiv verknüpft haben, anders als systemstabilisierend wirken? Müssen nonkonformistische Richter, die ihr Rechtsbewußtsein mehr an zeitlosen Erkenntnissen aus allen Jahrhunderten und nicht so sehr an herrschenden Lehrmeinungen und herrschender privater und staatlicher Macht geschult haben, nicht die Ausnahme bleiben? Im vergangenen Dritten Reich, wie heute in der DDR und wie bei uns in der BRD?

Wodurch ist das Monopol der Juristen auf Interpretation der Grund- oder Menschenrechte begründet? Ich kann nicht erkennen, daß Juristen geistig tiefer in das Reich der Freiheit eingedrungen sind als andere Berufsgruppen. Wenn dieses richtig ist, dann ist es auch nicht gerechtfertigt, daß nur Juristen im BVerfG über Verfassungsfragen befinden, und es wäre erforderlich, daß vor jeder wesentlichen Entscheidung eine öffentliche Diskussion des Entscheidungsgegenstandes vorgenommen würde.

Das Verhältnis des Bürgers zu der Verfassung scheint mir heute so zu sein wie das Verhältnis der Christen zu den Inhalten der Bibel in der Zeit vor Luther. Damals hatte der Papst mit seiner nachgeordneten Hierarchie das Monopol auf Interpretation christlicher Inhalte. Dieses Monopol wurde abgesichert durch das Latein als Bibelsprache, die das Volk nicht beherrschte. Mir scheint, daß das BVerfG bei der Interpretation von Verfassungsinhalten genauso durch Laien Konkurrenz bekommen muß wie damals der Papst und seine Priester bei der Interpretation von Inhalten der Bibel. Nun braucht die Sprache unserer Verfassung ja nicht erst übersetzt werden, obwohl viele Begriffe nicht eindeutig - besonders nicht für immer - definiert sind.

Nun halte ich aber Juristen nicht für besonders geeignet festzustellen, was z.B. Menschenwürde oder Freiheit konkret bedeuten. Ich denke, daß in allen Fällen, wo bei BVerfG-Urteilen die Grundrechte berührt sind, neben einer „Spezialisten/Juristen-Kammer“ parallel eine „Generalisten/Laienkommission“ eingeschaltet werden müßte. Wenn beide Kammern nicht zu einem deckungsgleichen Urteil kommen können, müßte der Vorgang an die Volksvertretung, den Bundestag und in schwerwiegenden Fällen an den Wähler zur Entscheidung abgetreten werden.

Was ist geschehen, daß ich vom stillen Sympathisanten des BVG zu einem Kritiker geworden bin, der der Meinung ist, daß die unsere Demokratie zerstörende und zersetzende Kraft auch in dieser Institution angesiedelt ist und nicht unterschätzt werden sollte?

Bevor ich versuche, dieses zu beschreiben, möchte ich aber ausdrücklich erklären, daß ich Juristinnen (Gibt es Richterinnen am BVG?) und Juristen nicht ihre Berufsehre abschneiden will (Zu meinen politisch engsten Freunden gehören Juristen.), sondern ich will darauf aufmerksam machen, daß es ein Irrtum ist zu glauben, die Pflege des Rechtes sei am besten bei den Juristen aufgehoben; genauso wie es ein Irrtum wäre, das Gesundheitswesen ausschließlich durch Mediziner gestalten zu lassen. Auch können nur politische Naivlinge glauben, die Wirtschaftspolitik sei am besten bei den Wirtschaftspolitikern und -theoretikern aufgehoben. Jeder Beruf bedarf der Kontrolle und Ergänzung durch andere Berufe. Anders ausgedrückt: Sobald die Spezialisten, Generalisten und Laien nicht miteinander kommunizieren, droht Unheil.

Die Berichterstattung über BVG-Urteile habe ich immer mit einer durchschnittlichen Aufmerksamkeit eines politisch engagierten Menschen verfolgt. Manche Urteile erfahren aber eine erhöhte Aufmerksamkeit, wahrscheinlich dann, wenn die persönliche oder sachliche Betroffenheit gegeben ist. Die Begründungen des BVG für die nachfolgend kritisierten Urteile habe ich nicht gelesen. Da ich die nackten Urteile von einer ordnungspolitischen Ebene, die Freiheit und soziale Gerechtigkeit für realisierbar hält, beurteile, ist die Kenntnis der Urteilsbegründungen nicht von Schaden, aber auch nicht unbedingt erforderlich. Im übrigen reklamiere ich für mich und alle Menschen auf dieser Welt, daß die Grund- oder Menschenrechte nicht durch irgendwelche Gremien oder Abstimmungen erworben werden, sondern, daß sie Bestandteil des Menschen sind, wenn dies auch der Mehrheit der Menschen nicht bewußt ist.

Geopolitik zu betreiben, bedeutet für mich, überall in der Welt den Bewußtwerdungsprozeß durch friedliches Einmischen zu fördern, besonders aber durch ein beispielgebendes Praktizieren der Menschenrechte bei uns in der Bundesrepublik. Beispielgebend sind wir Bundesrepublikaner aber noch lange nicht. Hätten wir nicht die häßlichere andere deutsche Republik zum Nachbarn, so könnten wir unsere eigene Häßlichkeit nicht so gut verbergen.

Wir haben die Möglichkeit FREIHEIT, GLEICHHEIT und BRÜDERLICHKEIT in wesentlicher Form zu realisieren. Wenn das Gegenteil davon geschieht, liegt das nicht an dem Vor-

handensein links- oder rechtsextremer Gruppen und auch nicht an der Existenz von Terroristen, sondern an dem Unvermögen unserer demokratischen Institutionen. Ich halte es für eine Selbstschutzbehauptung der Demokraten, die in der Weimarer Republik versagt haben, wenn sie im Nachhinein sagen, daß die Antidedemokraten die damalige Republik zerstört haben. Erst als die Demokraten der Republik (im In- und Ausland) ihren freiheitlichen und sozialen Sinn genommen haben, konnte der zerstörerische Irrsinn der Nationalsozialisten das entstandene Vakuum ausfüllen. Der Vorgang der demokratischen Selbstzerstörung wiederholt sich heute, wenn auch die Folge nicht eine platte geschichtliche Wiederholung sein wird.

Der Wunsch oder der Glaube, daß sich die demokratischen Selbstzerstörungskräfte in eine konstruktive demokratische Gestaltungskraft wandeln lassen, ist letztlich auch die Ursache dafür, daß ich diesen Brief schreibe und auf den Postweg bringe.

Ärzte empfehlen manchmal unheilbaren Krebskranken, sich noch eine vergnügliche Zeit zu machen, weil alles andere sinnlos sei. Es gibt auch in mir eine Stimme, die da ständig flüstert: „Unsere Gesellschaft ist unheilbar krebskrank. Deine Bemühungen um eine Besserung sind vergeudete Zeit und Kraft. Du hast ein Recht darauf, Müde zu sein und zu resignieren.“ Wenn ich dann aber Gedanken lese, wie die Ihres verstorbenen Amtsvorgängers Prof. Wolfgang Zeidler im „Spiegel-Gespräch (Nr.50/1984) (auszugsweise zum Gedächtnis von Wolfgang Zeidler wiedergegeben in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ vom März 1988), dann kann ich solchen Einflüsterungen noch widerstehen. Zeidler sagte u. a., daß „völlig vergessen wird:

Wo die Möglichkeit zur Reform fehlt, wird die Revolution legitim.“<sup>1</sup>

Um zu beurteilen, ob das BVG durch seine Urteile insgesamt mehr die Revolution vorbereitet oder eher Reformen ermöglicht, müßte ich ja alle Urteile im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Grundrechte bedenken. Dies kann ich nicht leisten. Ich will nur auf Urteile eingehen, die Mir besonders aufgefallen sind.

Ein Organ oder Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN hat bzw. haben ja eine Verfassungsbeschwerde gegen die Finanzierung der Stiftungen der politischen Parteien aus öffentlichen Mitteln eingelegt. Als ich las, daß das BVG die Verfassungsmäßigkeit dieser Praxis bestätigte, gingen mir folgende Fragen durch den Kopf:

---

1 In 2004 hervorgehoben.

- a) Haben die GRÜNEN ihre Verfassungsbeschwerde so schlecht begründet?
- b) Hat man zur Beurteilung eines Gemäldes Blinde beauftragt?
- c) Sind die Bundesverfassungsrichter den politischen Parteien so verpflichtet, daß sie nicht anders urteilen konnten?
- d) Oder wurden nur die Selbstdarstellungen der Stiftungen beurteilt?

Ich verstehe jedenfalls nicht, wie das BVG übersehen kann, daß die staatliche Finanzierung der Stiftungen eine zusätzliche Parteienfinanzierung ist, die das verfassungswidrige Monopol der Parteien auf politische Willensbildung zusätzlich absichert. Die Arbeit, die von den parteinahen Stiftungen geleistet wird, müßte von den Parteien selbst geleistet werden, wenn es die Stiftungen nicht gäbe. Manche Bildungsveranstaltungen der Stiftungen sind einfach Parteiveranstaltungen, denn es ist nicht schwer, eine Parteiveranstaltung formal so zu gestalten, daß sie auch eine Bildungsveranstaltung ist. Nun könnte man sagen, daß die von den Stiftungen getragenen Akademien die progressiven Abteilungen der Parteien sind, die die totale Erstarrung der Parteien verhindern und einen Rest von Reformfähigkeit der Parteien erhalten. Soweit ich aber Einblick in die Arbeit der Stiftungen erhalten habe - und ich habe viele liebens- oder achtenswerte Menschen getroffen -, ist die zur Schau getragene Progressivität aber eher ein verkleideter Konformismus. Dies liegt nicht so sehr an den Leuten, die haupt- oder nebenberuflich für diese Stiftungen arbeiten, sondern daran, daß die staatlichen Subventionen (seien es die direkten Zuweisungen an die Stiftungen oder seien es die Mittel über Ländergesetze zur Finanzierung der Erwachsenenbildung) der Institutionen keine freie Erwachsenenbildung mit einem echten Wettbewerb um Inhalte, Formen und Teilnehmer möglich machen. In der Summe sind es sicher Milliardenbeträge, die in die politische Erwachsenenbildung hineingeflossen sind. Ich kann nicht sehen, daß sich die Probleme unserer Gesellschaft dadurch verringert haben. Ich denke es war hinausgeworfenes Geld an Kurpfuscher. Das Schlimmere an der ganzen Finanzierung der Erwachsenenbildung ist aber, daß nur ein Teil der Leute, die Erwachsenenbildung anbieten wollen, für sich die betreffenden Grundrechte in Anspruch nehmen können. Auf der einen Seite haben Gründer einer großgruppenunabhängigen Erwachsenenbildungsstätte die fast unnehmbaren Einstiegsbarrieren der Förderungsgesetze zu überwinden und zum anderen müssen diese, die auf kostendeckende Teilnehmergebühren angewiesen sind, mit Stiftungen konkurrieren, die in bestimmten Fällen für die Teilnehmer noch die Fahrkosten übernehmen. Aber auch auf Seiten der Bildungsnachfrager können die Grundrechte nur in sehr unterschiedlicher Weise realisiert werden. Derjenige, der sich mit einem nichtsubventionierten Angebot auseinandersetzen möchte, muß nicht nur die vollen anteiligen Kosten seiner Ta-

gung, seines Seminars etc. tragen, sondern auch noch via Steuern die Kosten von Bildungsangeboten mitfinanzieren, die er nicht für gut oder interessant hält. Und jene große Mehrheit, die von der politischen oder allgemeinen Erwachsenenbildung aus welchen Gründen auch immer nichts wissen will, wird aufgrund der Zwangsfinanzierung in ihren Grundrechten auch nicht respektiert. Von Freiheit und Gleichheit könnte in diesem Bereich nur die Rede sein, wenn die Bildungsteilnehmer direkt aus ihrem Einkommen die Bildungskosten finanzieren würden (was möglich wäre, wenn eine marktwirtschaftliche Einkommensverteilung nicht verhindert würde) oder wenn Personen (Bildungsnachfrager) statt Institutionen (Bildungsanbieter) subventioniert würden.

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil über die Finanzierung der politischen Stiftungen aber auch in die innere politische Willensbildung der Partei DIE GRÜNEN eingegriffen. Ein Gründungsimpuls der Grünen war die Überwindung zentraler Fremdbestimmung durch Schaffung dezentraler Strukturen. Mit zentralen institutionsbezogenen Finanzierungsinstrumenten kann man aber keine dezentrale Bildungsstrukturen schaffen. Das, was die GRÜNEN in dieser Sache auf der letzten Bundesversammlung beschlossen haben, ist ein fauler Kompromiß, der Dauerkonflikte produziert und gegen ihr eigenes (ursprüngliches) Wollen wirkt.

Die größte politische Verletzung, die mir zugefügt wurde in der Zeit, in der ich mich bewußt als individueller Demokrat oder als Bürger (was für mich dasselbe ist) verstehe, ist das Urteil des BVerfG über die Verfassungsmäßigkeit des Schulzwanges. Bernhard Bartmann hatte dazu wohl eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Als das Urteil über die Massenmedien bekannt gemacht wurde und kein Aufschrei der Empörung durch das bundesrepublikanische Volk ging, habe ich gedacht: „Wie tief steckten (und stecken) die Mehrheit der Verfassungsrichter, wie tief stecken die Bundesrepublikaner insgesamt noch in dem Sumpf des Untertanengeistes? Ist es wirklich so schwer zu erkennen, daß der Schulzwang (der geschönt als Schulpflicht dargestellt wird) sich nicht prinzipiell, sondern nur graduell von dem „Recht“ des Staates unterscheidet, Kinder in ein Konzentrationslager einsperren zu dürfen?

Ist es so schwer einzusehen, daß jede Pädagogik - sei sie noch so edel und gut - durch den Schulzwang zur Hure der Macht wird? Da wo Schulzwang herrscht, sind Lehrer nur Voll-



zugsbeamte, Eltern ihrer Rechte beraubt und die Kinder mit Zuckertüten und Lügen um ihre Würde gebracht. Schule könnte als freie Veranstaltung freier Menschen etwas Wunderbares sein. Heute wird die Schule nicht selten als eine Folter erlebt. Der Schulzwang begründet die demokratisch verbrämte Herrschaft der Schulbürokraten. Der Schulzwang macht Freiheit in einem wesentlichen Lebensabschnitt des Menschen unmöglich. Der Schulzwang wirkt wie in einem kybernetischen Regelkreis das Festkleben eines Zuführungsventils auf die Stellung „offen“. Was passieren würde, wenn in einem selbstregelnden Heizungssystem z.B. Die Ölfuhr auf „offen“ klemmen würde, können sich die meisten Menschen ausmalen. Was aber die zwangsweise Zuführung von Schülern in die Schulen bewirkt, verhindert ideologische Verblendung der kollektivistischen Zwangsbeglückter, gläubiger Strukturkonservatismus oder sich durch unser Bildungssystem selbstreproduzierendes kanalisiertes Denken zu erkennen. Zum Beispiel findet in der Lehrerschaft erst mit Einsetzen der Lehrerarbeitslosigkeit eine gewisse Bereitschaft statt, über die Grundlagen ihres Berufes nachzudenken.

In der Zeit, als ich mit dem Zweifel an den Sinn eines Briefes an das Verfassungsgericht gerungen habe, erhielt ich das Heft 191 der „Fragen der Freiheit“ (Hrsg. Seminar für freiheitliche Ordnung eV.. 7325 Boll), in dem ein Schriftwechsel zwischen Heinz-Peter Neumann und der Senatorin für Schulwesen ... Dr. Hanna-Renate Laurien zum Thema „Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit“ im Schulwesen dokumentiert wird. Neumann zitiert Bundesverfassungsrichter a. D. Prof. Willi Geiger aus einem Beitrag in „Fragen der Freiheit“ Heft 171 zum Thema „Die kindgerechte Schule“ mit folgenden Worten:

„Mit der öffentlichen Schule, die unsere Kinder besuchen, ist etwas nicht in Ordnung. Anders lassen sich die vielfältigen Klagen, vor allem der Schüler und der Eltern, über die Schule nicht erklären; auch andere klagen, beispielweise die Lehrer der weiterführenden Schulen und die Universitäten. Nur die Schulbehörden, die Kultusministerien, sind mit den Schulen ganz zufrieden, so zufrieden, daß sie alle Klagen völlig unberührt lassen. Natürlich gibt es da einige Vertreter der Schulbürokratie, die Väter und Mütter von schulpflichtigen Kindern sind. Sie sind gespaltene Persönlichkeiten; als Vater oder Mutter eines in der Schule geplagten Kindes, privat mit der von ihnen als Beamten geforderten Zurückhaltung, seufzen und klagen sie natürlich auch über die Schule, die ihr unglückliches Kind besuchen muß“.

An anderer Stelle zitiert Neumann Geiger mit folgenden Worten:

„Unser Schulrecht, soweit es positivrechtlich in Schulgesetzen der Länder gefaßt ist, ist fernab von den eben skizzierten Grundentscheidungen des Grundgesetzes formuliert. In den Texten

spürt man nichts von einem Rechtsgrundsatz, daß in der Schule das existentielle Interesse des Kindes an der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit Vorrang vor schulischen Interessen (was immer das sein mag oder wie immer sie formuliert sein mögen) hat.“

Ich habe den Originalbeitrag von Willi Geiger gelesen. Die Schulpflicht erörtert er im Zusammenhang mit anderen Themen mehrfach. Eine Passage möchte ich hier aufgreifen: „Eine Schulpflicht, die so umfassend für das gesamte Schulwesen gilt, das heißt konkreter: die die Eltern unter Strafe zwingt, ihre Kinder diesem Schulwesen zuzuführen, kann und darf im freien Staat nicht dahin verstanden werden, daß die Schule damit ein Direktionsrecht über den Schüler gewinnt, mit dem sie den Weg durch die Schulen und den späteren Beruf bestimmt.“ Bei allem Respekt vor und Sympathie für den Verfasser Geiger: Dieser Satz ist unlogisch. Eine Schulpflicht (Die in meiner Sprache, die den Sachverhalt näher kommt, Schulzwang heißt.) ohne Direktionsrecht ist wie ein Einberufungsbefehl ohne Verbindlichkeit. Wenn in einem freien Staat Schulen und anderen staatlichen Behörden, die sich mit Bildung befassen, kein Direktionsrecht zusteht, dann ist der Schulzwang ein unzulässiger Weise aus totalitären Systemen übernommenes Instrument, das in Widerspruch zu Verfassung steht.

Ivan Illich hat schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen, daß die Ähnlichkeit der Schulsysteme, in denen der Mensch auf der Strecke bleibt, das verbindene Band zwischen totalitären und angeblich freien Staaten ist. Dem Wehrpflichtigen wird zugestanden, daß er aufgrund einer Gewissensentscheidung statt des Militärdienstes einen Zivildienst leistet. Eltern und Kinder dürfen in Bezug auf den Schulbesuch nicht mit dem Respekt vor ihrem Gewissen rechnen.

Der Schulzwang ist nicht das einzige Problem unseres Bildungssystems; es ist aber ein zentrales Problem. Alle anderen Probleme lassen sich leichter lösen, wenn der Schulzwang, der im Widerspruch zu den Menschenrechten steht, aufgehoben wird. Wie ist es verfahrensrechtlich? Kann das BVG zum gleichen Beurteilungsgegenstand erneut eine Verfassungsbeschwerde zulassen? Oder muß das BVG bis ans Ende dieser Republik (der Schulzwang ist einer ihrer Sargnägel) mit der Schande dieses Fehlurteils leben?

Nun ist ja das BVG im Themenzusammenhang auch zu loben, wird vielleicht eingewandt, denn es hat ja wohl festgestellt, daß Schulen in privatrechtlicher Trägerschaft den gleichen finanziellen Förderungsanspruch haben wie Schulen in staatlicher Trägerschaft. Diese Bot-

schaft habe ich gerne vernommen; Nur so ganz froh kann ich darüber nicht werden, weil ich nicht weiß, ob die Gründungsbarrieren für freie Schulen in den Länderschulgesetzen ebenfalls als verfassungswidrig erkannt wurden. Geiger sagt sinngemäß: Wir haben kein rechtliches staatliches Schulmonopol, aber ein faktisches. Und dieses faktische staatliche Schulmonopol wird - so wie ich die Bildungspolitik bei uns einschätze - bei sinkenden Schülerzahlen mit Nachdruck ausgebaut werden.

Ein letztes BVG-Urteil zum Komplex Bildung will ich aufgreifen, um zu demonstrieren, daß das BVG auch nur ein treibendes Schiff ohne Ruderanlage und Kompaß unter anderen ziellos treibenden Schiffen (Organen unserer Demokratie) ist. Die Hannoversche Allgemeine Zeitung meldet in der Ausgabe vom 18. März 1988 unter der Schlagzeile „Bezahlter Bildungsurlaub verletzt keine Grundrechte“ u. a. Folgendes:

„Die Landesgesetze, mit denen Arbeitnehmern ein Anspruch auf bezahlten Bildungsurlaub gegeben wird, verstoßen nicht gegen das Grundgesetz. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in einer am Donnerstag veröffentlichten Entscheidung zu den entsprechenden Regelungen Nordrhein-Westfalens und Hessens erklärt. Damit wurden insgesamt 37 Verfassungsbeschwerden von Arbeitgebern und Arbeitgeberverbänden zurückgewiesen, die den gesetzlichen Anspruch der Arbeitnehmer auf bezahlten Bildungsurlaub als unzulässigen Eingriff in ihre Berufsfreiheit und in das Eigentum gerügt hatten.“ ...

„Die Beschwerdeführer hatten vorgetragen, die Arbeitnehmer hätten 150 arbeitsfreie Tage im Jahr, die sie zu Weiterbildungszwecken nutzen könnten. Allein aus diesem Grunde sei die zur politischen und beruflichen Weiterbildung gesetzlich angeordnete Freistellungsverpflichtung der Arbeitgeber nicht erforderlich. Darüber hinaus führe die Arbeitsbefreiung zu unzumutbaren Einschränkungen in der Personalplanung, wovon insbesondere kleine Unternehmen betroffen seien. Diese Auffassung wurde vom Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen. Der den Arbeitnehmern in Nordrhein-Westfalen und Hessen eingeräumte gesetzliche Anspruch auf Bildungsurlaub verletze nicht die Grundrechte der Arbeitgeber. Die ihnen auferlegten Freistellungs- und Entgeltfortzahlungslasten seien durch Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt. Weiterbildung der Arbeitnehmer erhalte der Wirtschaft und der Gesellschaft die erforderliche Flexibilität, sich auf sich ständig verändernde Lagen einzustellen. Die Freistellung der Arbeitnehmer unter Fortzahlung des Entgelts sei erforderlich, um ihre Bildungsbereitschaft zu erhöhen. Lebenslanges Lernen sei unter den Bedingungen eines fortwährenden und

sich beschleunigenden technischen Wandels zur Voraussetzung individueller Selbstbeauptung und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit geworden. Dies komme auch der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zugute. Die den Arbeitgebern damit auferlegten Lasten seien ihnen daher zumutbar.“ ...

Die beschwerdeführenden Unternehmerverbände haben eine verdiente Niederlage erlitten, wenn ihnen in der Sache nach meinen ordnungspolitischen Einsichten auch Unrecht getan wurde. Dieses, weil Arbeitgeberverbände neben anderen Verbänden, Parteien und Organisationen seit Bestehen der Bundesrepublik eine offene Diskussion der Grundlagen einer freien Gesellschaft verhindert haben, weil sie vorwiegend kleinen tagespolitischen Vorteilen hinterher jagen.

Aber das, was die Bundesverfassungsrichter vortragen, scheint mir die Abschrift einer Stellungnahme z.B. des Volkshochschulverbandes zu sein. Es sind Binsenweisheiten von dem lebenslangen Lernen und dem technischen Wandel. Sicher dient eine erhöhte Bildungsbereitschaft dem gesellschaftlichen Gemeinwohl. Trotzdem ist damit noch nicht entschieden, welche Mittel geeignet sind, diese Bereitschaft zu fördern und wer die Kosten zu tragen hat.

Wenn zum Beispiel in einer marktwirtschaftlichen Ordnung (wir haben nur ein Zerrbild einer solchen Ordnung) Arbeitgeber Nutzen von der Bildung der Arbeitnehmer haben, dann haben sie diesen Nutzen über den Lohn für die geleistete Arbeit abzugelten. Ich selber habe, bevor in Niedersachsen ein Bildungsurlaubsgesetz vom Landtag beschlossen wurde (Das liegt schon über ein Jahrzehnt zurück.), aus Arbeitnehmersicht Stellung gegen ein solches Gesetz bezogen. Und auch die Gewerkschaften müßten - wenn sie weniger opportunistisch wären - diese Gesetze verurteilen, weil diese einfach das einengen, was zwischen Gewerkschaften und Unternehmern ausgehandelt werden könnte.

Dies ist aber fast ein nebensächliches Argument. Meine grundsätzlicheren Bedenken sind anderer Art. Die Grundrechte werden immer mehr zu einer literarischen Größe degradiert, je mehr alle gesellschaftlichen Bereiche durch die Gesetzgebungsmaschinerie unter staatlichen Einfluß gebracht werden. Dieser Tendenz könnte man ja vielleicht noch eine positive Seite abgewinnen, wenn dadurch die Grundkonflikte unserer Gesellschaft (Ich denke an die Einkommens- und Vermögensverteilung, an die Arbeitslosigkeit und die Umweltgefährdung.) gelöst wurden. Aber die Sondersteuer der Unternehmer zur Teil-Finanzierung des Bildungsurlaubes der Arbeitnehmer ist kein Beitrag zur Umverteilung des Kapitals, sondern ein Beitrag zur tendenziellen Strangulierung der Unternehmer. Im übrigen könnten die Unternehmer

jetzt unter Hinweis auf den grundgesetzlichen Gleichheitsgrundsatz einen gesetzlichen Bildungsurlaub fordern, der durch eine Sondersteuer der Arbeitnehmer mit finanziert wird. Die Argumente des BVG für den Arbeitnehmer-Bildungsurlaub gelten auch für den Unternehmer-Bildungsurlaub. Im übrigen haben die Bildungsurlaubsgesetze noch andere Schönheitsfehler. Der Bildungsurlaubsanspruch läßt sich von den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst leicht realisieren, in großen Unternehmen schon nicht so leicht und in kleinen Unternehmen nur schwer, weil ja nicht nur gesetzliche Normen das Verhältnis Unternehmer zu Arbeitnehmern prägen, sondern auch sozialpsychologische Gesetze. Gesetze von der Art, wie die zum Bildungsurlaub, fördern eher die Ungleichheit als die Gleichheit.

Außerdem fördern solche Gesetze die Flucht der Arbeitnehmer in den öffentlichen Dienst und verzerren - besonders in Zeiten der Vollbeschäftigung - den Wettbewerb der Arbeitgeber um Arbeitnehmer. Auch ist es so, daß vielfach die hohen Lohnnebenkosten als Problemverursacher beklagt werden, z.B. als Ursache der Schwarzarbeit. Der Bildungsurlaub gehört aber zu den Lohnnebenkosten. Das Ärgerlichste an diesen Gesetzen aus Arbeitnehmersicht ist aber, daß mit solchen Gesetzen den Arbeitnehmern eine Politik als progressiv verkauft wird, die in Wahrheit regressiv-verschleiern ist. Es ist der abgeschabte Knochen, der den Arbeitnehmern als Schinken verkauft wird. Die ökonomischen Erkenntnisse, wie beim gegebenen Stand der Technik die Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung um ein Drittel oder die Hälfte ohne Streik bei steigendem Wohlstand verkürzt werden kann, liegen schon lange vor. Wenn wir dazu übergehen würden, die Marktwirtschaft zu realisieren und den Kapitalismus abzubauen, dann würde der Markt für wesentlich mehr Freiheit und Gerechtigkeit sorgen, als es alle Gesetzgeber zusammen mit den bisher probierten Mitteln schaffen können. Es ist eine Schande der Nationalökonomie, daß diese die Kenntnisse von diesen Zusammenhängen den Gesetzgebern und dem Bundesverfassungsgericht nicht vermitteln (können).

Falls Ihnen mein Brief eine Antwort wert ist, hätte ich gerne einen Rat von Ihnen: Rasmus, sechs Jahre alt, das fünfte meiner sechs Kinder, fragt, häufig, warum die Erwachsenen glauben, den Kindern Befehle geben zu dürfen. Meine Antworten, die mir einfallen, kommen mir bei selbstkritischer Betrachtung recht dürftig und fragwürdig vor. Da seine wache Intelligenz noch nicht vom Lernzwang abgestumpft wurde, wird garantiert eines Tages die Frage von ihm gestellt: „Tristan, warum werden Kinder gezwungen, zur Schule zu gehen, auch wenn sie es nicht wollen?“ Wenn ich dann die Wahrheit sagen würde, würde sein Gespür für Freiheit, Würde und Gerechtigkeit zu einem Zeitpunkt ge- oder zerstört, an dem es sich noch nicht

genug festigen konnte. Was soll ich meinem Sohn Rasmus (und meinem Sohn Ruben von dem bestimmt in drei Jahren ähnliche Fragen gestellt werden) antworten, ohne lügen zu müssen?

Es ist ein langer Brief geworden, ich hoffe, daß er etwas von dem vermittelt, was mich bewegt.

Hit freundlichen Grüßen

*Tristan Abromeit*

Anlage: Hefter mit dem Schriftsatz „GLASMOST und PEKESTKOJKA“

Kopien dieses Briefes gehen an: Herrn Heinz-Peter Meunann, Berlin, der sich aus ordnungspolitischer und verfassungsrechtlicher Sicht mit diesem Fragenkomplex befaßt; Herrn Helmut Creutz, der sich mit seinem als Buch veröffentlichten „Schultagebuch eines Vaters“ mit dem Thema auseinandergesetzt hat und an Bernhard Bartmann, der sich in Sachen „Schulpflicht“ vom BVG meines Erachtens zu Unrecht eine Abfuhr geholt hat.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT •

- Präsidialrat -

AR 1767/88

Karlsruhe, den 11.05.1988

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
5057 Neustadt 1

Betr.: Ihr Schreiben vom 21. April 1988

Anl. : 1 Merkblatt

Sehr geehrter Herr Abromeit,

der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist als Präsident eines obersten Verfassungsorgans und Vorsitzender eines Senats des Bundesverfassungsgerichts schon aus Zeitgründen nicht in der Lage, alle an ihn gerichteten Eingaben persönlich zu beantworten. Daher hat Präsident Prof. Dr. Herzog allgemein das zuständige Referat (vgl. § 60 GOBVerfG) mit der Beantwortung, auch der an ihn persönlich gerichteten Post beauftragt. In Erledigung dieses Auftrages darf ich Ihnen zu Ihrem Schreiben vom 21. April 1988 folgendes mitteilen:

Das Bundesverfassungsgericht kann nur im Rahmen seiner durch Art. 95 des Grundgesetzes festgelegten Zuständigkeit tätig werden. Danach kann der einzelne Bürger das Bundesverfassungsgericht lediglich mit einer Verfassungsbeschwerde anrufen, über deren Zulässigkeitsvoraussetzungen Sie das beigegefügte Merkblatt unterrichtet.

Außerhalb eines zulässigen Verfassungsbeschwerde-Verfahrens haben das Bundesverfassungsgericht und sein Präsident keine Möglichkeit, auf Eingaben Einzelner hin tätig zu werden. So können Sie insbesondere weder mit Ihnen in einen Gedankenaustausch eintreten noch die in Ihrem Schreiben vom 21. April 1988 enthaltenen Fragen beantworten.

Auf Ihr Schreiben vom 21. April 1988 kann aus den genannten Gründen vom Bundesverfassungsgericht oder seinem Präsidenten nichts veranlaßt werden.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

Dr. Langrock

Regierungsdirektor      Beglaubigt (Höfel) Amtsinspektor

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

März 1988

An den  
Präsidenten  
der Bundesanstalt für Arbeit  
Herrn Heinrich Franke  
Postfach  
8500 Nürnberg 1

Glasnost und Perestrojka auch in der Bundesrepublik Deutschland  
- ein Brief an die Mitglieder des Bundestages

Hier: Information des Landesarbeitsamtes Niedersachsen-Bremen  
und der Bundesanstalt für Arbeit

Sehr geehrter Herr Franke,

den oben angeführten Schriftsatz sende ich Ihnen in der Hauptsache aus zwei Gründen zur Kenntnisnahme:

- a) Sicher bereitet es einem Präsidenten einer solch großen Behörde, wie der Bundesanstalt für Arbeit, kein Vergnügen die Arbeitslosigkeit nur zu verwalten. Mein Brief an die Bundestagsmitglieder ist im Zusammenhang mit einer Petition entstanden. Er weist auf marktwirtschaftlich orientierte Lösungsansätze des Problems hin.
- b) Der Brief enthält den Vorschlag, das Instrument Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Klärung ökonomischer Fragen einzusetzen.

Da ich aus Kostengründen nur wenige Kopien des Schriftsatzes anfertigen konnte, sende ich einen Schnellhefter mit dem Schriftsatz "Glasnost ..." über das Arbeitsamt Neustadt a.Rbge. und dem Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen an Ihre Adresse.

Mit freundlichen Grüßen

*Abromeit*



Bundesanstalt für Arbeit

Der Präsident

---

Herrn  
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3  
3057 Neustadt 1

Ihre Nachricht 17. März 1988  
Datum 31. Mai 1988  
Mein Zeichen Ia3 - 5100 (146)

Betreff Möglichkeiten zur Unterstützung des arbeitsmarktpolitischen  
Instrumentariums

Sehr geehrter Herr Abromeit,

Herr Präsident Franke hat Ihren Brief gelesen und mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihre Vorschläge enthalten eine Reihe von Elementen, die ich persönlich sehr interessant finde und die teilweise sicher auch dazu beitragen könnten, die angesprochenen Probleme zu lösen oder doch wenigstens zu lindern. Ich sehe aber aus den folgenden Gründen leider keine Möglichkeit, Ihr Anliegen so zu unterstützen, wie Sie das wahrscheinlich erwarten.

Ihre Anregung, das Instrumentarium "Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung" zur Klärung ökonomischer Fragen einzusetzen, läßt sich mit dem Ziel und Zweck der Förderleistung nicht ohne weiteres vereinbaren. Mit allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) sollen insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen wie Schwerbehinderte, ältere Arbeitnehmer, Jugendliche und langfristig

Arbeitslose geschaffen werden. Zu diesem Zweck fördert die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zusätzliche Arbeiten, die im öffentlichen Interesse liegen und deren Durchführung aus arbeitsmarktpolitischer Sicht zweckmäßig erscheint. Solche Arbeiten im Rahmen von ABM liegen beispielsweise in den Bereichen soziale Dienste, Natur- und Umweltschutz.

Die öffentlichen Verwaltungen, zu denen im weiteren auch die BA gehört, werden nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben tätig. Sie müssen sich aus verschiedenen Gründen bei der Diskussion der von ihnen betreuten Aufgabenbereiche eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Im allgemeinen beschränkt sich ihr Einfluß auf die Verbesserung oder Weiterentwicklung ganz konkreter Regelungen, die einwandfrei in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallen. Sie können sich dagegen nicht für komplexe, weitreichende Neuerungen einsetzen, deren technische und wirtschaftliche Realisierbarkeit nur schwer einzuschätzen sind und die Änderungen vieler Bereiche des privaten oder öffentlichen Lebens voraussetzen oder bewirken. Für die Entwicklung und Durchsetzung solch grundlegender Konzeptionen sind die gesellschaftlichen Gruppen und ihre Interessenvertreter, die Regierungen von Bund und Ländern, vor allem aber die Parlamente berufen.

Im Rahmen der Aufgaben der BA, die vor allem im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) festgelegt sind, sehe ich leider keine Möglichkeit, zur Umsetzung Ihrer Vorschläge beizutragen.

Ihre Unterlagen darf ich Ihnen zu Ihrer weiteren Verwendung zurückgeben.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

H. Franke

24. April 1988

Aktion: Petition Bundestag

Anmerkungen zu anderen Themen

Hallo Freunde!

Am 11. 2. 88 hatte ich Euch /Sie angeschrieben wegen Zustimmung zur Namensnennung bzw. wegen finanzieller Unterstützung des Projektes.

Ich habe in dem Hintergrundschreiben „Glasnost und Perestrojka ...“ ein Querschnitt von Personen genannt, die Freiwirtschaft vertreten. Die drei genannten Frauen habe ich aufgrund von Schweigen oder Widerspruch aus dem Text rausgenommen.

Ich hatte in meinem o.a. Schreiben ja auch Preise für verschiedene Auflagen angeführt. Bei den unsicheren Erfolgsaussichten der ganzen Aktion und den knappen Finanzmitteln innerhalb freiwirtschaftlicher Gruppen habe ich nach Telefonaten mit einem Teil von Euch, den Plan aufgegeben allen Bundestagsabgeordneten die Unterlagen zuzustellen. Ich habe die Aktion dann in reduzierter Form mit einer Auflage von 50 Exemplaren durchgeführt. Versorgt wurden neben einigen Freunden: Bundestagspräsidium, Petitionsausschuß, Landtagspräsidenten, Bundesverfassungsgericht, Bundespräsident (erhält noch), Bundesrat, Bundespressekonferenz, überregionale Zeitungen und zwei Rundfunkanstalten. Der Erfolg bei der Presse ist gleich Null. Bei den Landtagen kann ich das Ergebnis nicht einschätzen. Zu dem Erfolg im Bundestag lest bitte die Anlagen.

Kosten sind auch bei der reduzierten Aktion trotz Null-Lohn entstanden. Ich habe selber beim Addieren gestaunt. Ich habe rund 1000 DM an Auslagen gehabt, Telefon, Strom und andere Kosten, die nicht als separate Zahlen vorliegen, nicht mitgerechnet. Enthalten ist in der Summe auch nicht eine im Zusammenhang mit der Ausarbeitung erforderlich gewordene Reparatur am EDV-Drucker von DM 223,90. Einer von Euch hat mir vorab unaufgefordert DM 200 für dieses Vorhaben zugesandt. Andere haben ihre Bereitschaft angedeutet, mich finanziell in diesem Zusammenhang zu unterstützen. Hier meine Kontonummer:

Kto. Nr. ...

Selbstverständlich erwarte ich nicht von Freunden, die selber finanziell „klamm“ sind, eine Unterstützung. Das „Idiotische“ an der ganzen Sache ist:

a) Wenn ich die Energie und die Zeit in Schwarzarbeit gesteckt hätte, würde ich wahrscheinlich mehr Anerkennung und Zuneigung erfahren haben als mit dem Projekt „Glasnost ...“, und ich könnte mir auch den Lack für den erforderlichen Anstrich meines Bootes kaufen.

b) Ich habe mich auch in diese Arbeit gekniet, damit sich bei mir das Gefühl einstellt: „Nun hast Du genug für die Freiwirtschaft getan. Nun kannst Du die Freiwirtschaft vergessen und Dich auf andere Dir als wichtig erscheinende Dinge konzentrieren.“ Leider hat sich dieses Gefühl immer noch nicht eingestellt.

X-X-X-X-X-X-X-X-X-X

0) Da ich z. Zt. nicht dazu komme individuelle Briefe zu schreiben, möchte ich mich wenigstens auf diese Weise für die erhaltene Post bedanken. Ich greife aus dieser Post ein paar Stichworte auf, die mir freiwirtschaftsintern von Bedeutung scheinen.

1. Die große Vereinigung der kleinen freiwirtschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen: Dies ist ein verständlicher Wunsch, aber aufgrund aller Erfahrungen, die innerhalb der Freiwirtschaft gemacht wurden, ist es ein unrealistischer Wunsch. Freiwirtschaft ist nicht etwas, was sich von den Fakten der Gruppendynamik und dem Kleinkarrierten von Vereinsleben abkoppeln kann. Die freiwirtschaftlichen Leute, die zusammenarbeiten können und wollen, arbeiten auch jetzt schon zusammen. Dies heißt nicht, daß die Effektivität freiwirtschaftlicher Arbeit nicht gesteigert werden könnte. (Ich habe auch den Verdacht, daß das Vereinigungsstreben zum Teil in der Vereinsamung, die die Außenseiterrolle „Freiwirt(in)“ mit sich bringen kann, begründet ist.) Ich selber plädiere deshalb schon seit längerem für die Bildung einer freiwirtschaftlichen Gruppe, die sich zur Aufgabe macht, den Informationsaustausch innerhalb der Freiwirtschaft und zwischen Freiwirtschaft und Außenwelt zu verbessern. Im Grunde spielen wir eine Variation von Blindkuh bei dem alle die Augen verbunden haben und sich wundern, daß sie den anderen nicht sehen können. Ein professionell arbeitendes Informationsbüro NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG halte ich für viel wirkungsvoller als eine krampfhaft große Vereinigung mit hohen internen Reibungsverlusten. Ein solches Büro muß aber von hauptamtlichen Leuten geführt werden, denn es ist eine Illusion zu glauben, wir könnten mit unseren Freizeitaktivitäten gegen die Aktivitäten unzähliger mit Personal und Technik vollgestopfter Büros anstinken. Ich habe in der Vergangenheit immer wieder - weitgehend ohne Erfolg - auf das Finanzierungsinstrument „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ aufmerksam gemacht. Neuerdings gibt es Lohnkostenzuschüsse von 75% bis acht

Jahre ohne Degression für arbeitslose Arbeitnehmer, die über 50 Jahre alt sind. In Berlin haben wir einen tüchtigen freiwirtschaftlichen Freund, auf dem die Kriterien Ende 1988 zutreffen. Nutzen wir die Chance und tun das, was möglich ist und laßt uns nicht immer unrealistische Pläne schmieden.

2. Um der großen Gefahr, die unsere Gesellschaft, Europa, der Menschheit durch falsche Wirtschaftspolitiken droht, abzuwenden, sollten die bekanntesten akademischen Freiwirte den Verantwortlichen in der Politik zur Meisterung der Krise ein Informationsgespräch anbieten: Auch dies ist ein verständlicher Wunsch. Hier wird aber übersehen, daß die Freunde, die innerhalb der Freiwirtschaft einen hohen Bekanntheitsgrad haben, in der Gesamtgesellschaft unbekannt und unbedeutende Leute sind. Außerdem ist der Stellenwert eines Akademikers heute nicht mehr sehr hoch, besonders dann, wenn er Aussagen machen will, die mit seinem Studium nicht im Zusammenhang stehen. Außerdem bieten sich den Politikern bestimmt viele Retter der Nation oder der Menschheit an, so daß sie es nicht leicht haben, zu erkennen, wer nur spinnt oder wer Ernstzunehmendes zu vermitteln hat.

3. Spenden-Ärger: Leider ist die Freiwirtschaft ein geistiges Produkt, das immer noch keinen Marktpreis hat und daher immer noch subventioniert werden muß. Diese Subvention erfolgt durch unentgeltliche Arbeitseinsätze und Spenden von Freunden der Freiwirtschaft. Spenden können aber auch unsere Arbeit behindern und das notwendige Vertrauen zwischen uns zerstören, wenn zwischen Spendengeber und -empfänger keine Klarheit über den Verwendungszweck herrscht.

4. Gesell-Gesamtausgabe Verschwendung knapper Mittel angesichts der bevorstehenden Katastrophe: Wir haben Grund genug auf eine echte Wende hinzuarbeiten, die uns eine Katastrophe erspart. Es macht aber keinen Sinn, uns permanent selbst in eine Katastrophenstimmung zu versetzen, weil diese uns letztlich blind und unfähig macht. Wir haben auch keine klaren nachprüfbareren Erkenntnisse darüber, mit welcher Methode, wir das freiwirtschaftliche Wissen am besten bewahren, weiterentwickeln und weitervermitteln. Ich halte die Finanzierung einer Gesamtausgabe von Gesells Arbeiten für keine Mittelverschwendung, a) weil die Gesamtleistung von Gesell besser verdeutlicht werden kann, b) leichter nachprüfbar wird, was er selber gesagt hat, c) der Wissenschaft der Zugang zu Gesell erleichtert wird und d) die Gesamtausgabe - so weit ich informiert bin - aus zweckgebundenen Spenden finanziert wird. Eine Vermutung, daß die ganze Aktion nur dazu diene, den Lebensunterhalt von Werner On-

ken zu ermöglichen, kann auch nur aufgrund des miserablen internen Informationsflusses entstehen. Wenn es so wäre, daß endlich einmal ein Mensch mit Freiwirtschaft sein Brot verdienen könnte, wäre dies ja ein wahrer Fortschritt. Wenn ich es richtig sehe. Hat W.O. Nur die Ehre, das er der Herausgeber ist - und diese Herausgeberschaft ist ja nun nicht gerade ein Schlüssel, der ihn die Welt erschließt. Ich habe z.B. noch nicht vernommen, das W.O. Reisen zu den Wirkungsstätten von Gesell finanziert würden, was ich für sinnvoll hielte.

5. Die Ausarbeitung „Der Weg aus der gegenwärtigen Lebensbedrohung“ von Walter Michel wurde von einem Freund als eine Arbeit empfunden, die gegen die Freiwirtschaft gerichtet ist. Es wäre kein Wunder, daß einer von uns aufgrund des Frustes, den er mit der Freiwirtschaft erlebt, eines Tages alles was nur nach Freiwirtschaft riecht, mit zerstörerischer Wut bedenken würde. E. L. bemüht sich aber genauso wie jeder andere von uns, unser gemeinsames Anliegen voranzubringen. Ich kenne keinen freiwirtschaftlichen Aktiven, der nur Zustimmung für das erhält, was er tut und sagt. Ärger und Wut auf oder über einen Mitstreiter ist etwas ganz Natürliches und entsprechende Regungen sollten daher auch unter Freiuirten(innen) möglich sein; besser ist selbstverständlich eine argumentative Auseinandersetzung mit einem vermeintlichen oder tatsächlichen „Missetäter“. Außerdem müssen wir immer wieder bedenken: In einer Gruppe, die mehr Mißerfolge als Erfolge zu verzeichnen hat, ist die interne Kritik wesentlich kleinlicher als in einer Gruppe, die auf Erfolgskurs ist.

6. Einer von unseren Freunden hat im Programm einer unbedeutenden, aber wohl zum rechten Spektrum gehörenden politischen Partei (Die Deutschen), etwas von Umlauf Sicherung des Geldes gelesen und hocheifrig über diese Tatsache gleich eine Adressenliste von freiwirtschaftlichen Personen und Organisationen hingeschickt. Nun, wir sind kein Geheimbund und brauchen unsere Namen nicht verstecken. Aber ob es eine Hilfe ist, wenn einer politischen Organisation, die keine Hilfe für uns sein kann, kontaktiert wird, möchte ich doch bezweifeln. Wir haben genug Ärger mit den ungerechtfertigten Faschismusvorwürfen. Für die sogenannten Antifaschisten, sind doch solche unnötigen Kontakte ein gefundenes Fressen. Und wenn ich neuerdings rechtradikale Post, zu deren Inhalt ich völlig auf Distanz stehe, aus Kanada bekomme, so kann die Adressenweitergabe aufgrund einer Fehleinschätzung meiner politischen Position erfolgt sein. Es kann aber auch eine unbedachte Adressenweitergabe durch einen Freund die Ursache sein.

## 7. Veranstaltungen/Termine:

Alle Jahre wieder, wenn die großen Messen in Hannover sind, denke ich, wie wir den großen Besucherstrom aus aller Herrenländer unsere „Botschaft“ mit auf dem Weg geben können.

In diesem Jahr wurde - soweit ich weiß - zum erstenmal ein Ausstellungsstand für eine politische Aktion ausgewählt, nämlich der Stand von Südafrika.

In Berlin finden in diesem Jahr noch drei Kongresse statt, in der wir uns offiziell oder inoffiziell mit Informationsaktionen einbringen könnten. Diese Arbeit kann aber nicht allein von unseren Berliner Freunden geleistet werden.

### 31. 7. bis 5. 8. 88 / XXIV. Internationale Konferenz für Soziale Wohlfahrt

Unsere Themen könnten sein: Wohlfahrt durch Zinsabbau, Wohlfahrt durch Vollbeschäftigung, Wohlfahrt durch privatrechtliche Vorsorge. ^ QA ^

### 27. bis 30. 9. Jahresversammlungen des Internationalen Währungsfonds und der

Weltbankgruppe 1988 und eine politisch organisierte Gegenveranstaltung

Unsere Themen; Ursachen der internationalen Verschuldung, neue internationale Währungsordnung, Abbau ökonomischer Ursachen für internationale Spannungen.

### 6. bis 9. 10. Bundeskongreß der Wirtschaftsunioren Deutschlands

Unsere Themen: Der Unternehmer im Spannungsfeld zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft, Können Zwangsmitglieder der Kammern die Freiheit der Unternehmer vertreten?

Werbeaktion für „Fragen der Freiheit“ und / oder „Zeitschrift für Sozialökonomie“.

Wenn wir in jede Veranstaltung ein gutes Info unterbringen würden, wäre es schon eine gute Leistung. Die Infos für die ersten beiden Tagungen müßten mehrsprachig sein.

## Ergänzungen:

24. 5. 20.00 Uhr Vortrag von Helmut Creutz im Hotel Schewe in Neustadt a.Rbge.

16. / 18. Juni Strategiekongreß der GRÜNEN / Info. über Georg Otto T. 05065 / 8132

## 8. Ich selber habe noch vor:

- a) Die Landtage nochmals anzuschreiben. Themen Bürgerinformationen und Hinweis auf Umlaufsicherung im Zusammenhang mit dem geplanten Notenaustausch der Bundesbank. (Hängt von Geld und Zeit ab.)
- b) Kettenbrief zur Verbreitung freiwirtschaftlicher Informationen: Ich glaube unser Mitstreiter Siegfried Hellmonds, Berlin, war es, der vor Jahren auf diese Möglichkeit aufmerksam machte. Im Laufe der Zeit habe ich verschiedene Kettenbriefe erhalten mit dunklem Inhalt und ebensolchen dunklen Versprechungen und Drohungen. Dann kam

ein Kettenbrief der mit Spenden für gute Zwecke gekoppelt war. Der Spendenstrom sollte einen selbst auch erreichen, wenn man die Kette aufrecht erhalten hätte. In diesem Jahr kam ein solcher Brief, der in der Sache besser konzipiert ist. Die von mir festgestellten Mängel will ich hier nicht alle auführen. Mir schwebt aber jetzt eine Gestalt von Kettenbrief vor, die ich auch ohne Bedenken vertreten kann.

Ich werde diese Form mit Josef Hüwe beraten und evtl. auch starten, wenn ich den Start finanzieren kann.

Dies wäre es für heute.

Es grüßt Euch

*Tristan Abromeit*

Anlagen

Verteiler:

F. B. , H

H. C. , A

J. H., B

W. M., B.

W. M., O-A.

H.-P. N., B

G. O., E.

E. R., P W

W. Sch., E.

Dr. H. W., L